

Netanjahu bekommt endlich seine erwartete Annexions-Regierung

Meron Rapoport, 972mag.com, 21.04.20

Nach einem Jahr des politischen Stillstands bildet Netanjahu eine neue Regierungskoalition, die die Annexion des Westjordanlandes über alles andere stellt - das gilt auch für den Kampf gegen das Coronavirus.

Der am Montagabend unterzeichnete Koalitionsvertrag zwischen dem *Likud* und *Blue and White*, der nach drei Wahlen und einer seit über einem Jahr andauernden politischen Sackgasse eine neue Regierung begründete, vermittelt einen seltsamen Eindruck.

Das israelische Sicherheitsestablishment befürchtet, dass die Annexion zum Ende seiner Sicherheitskoordination mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und möglicherweise zum Bruch des Friedensabkommens Israels mit Jordanien führen könnte

Die Vereinbarung, in der Benjamin Netanjahu 18 Monate Premierminister sein wird, bevor ihn Benny Gantz im Wechsel als Premierminister ersetzt, umfasst 14 Seiten und geht quälend detailliert auf die Aufteilung der Minister-ressorts und -posten ein. Es geht auch um so weitreichende Fragen wie Entscheidungen darüber, wer als Botschafter in Australien dient und was geschieht, falls es ein Hindernis für die Ernennung von Netanyahu oder Gantz zum Premierminister geben sollte.

Eines fehlt jedoch völlig in dem Dokument: die politischen Ziele und Pläne der neuen Regierung.

Nach einer sehr allgemeinen Eröffnungserklärung, der zufolge die Regierung „alle Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie ergreifen“ werde (als ob wir auch nur einen Moment dachten, Netanjahu und Gantz würden das Management der Coronavirus-Krise outsourcen), einen Plan zur „Erarbeitung von Antworten“ auf verschiedene Fragen formulieren und ein zwispältiges „wirtschaftliches und soziales Sicherheitsnetz“ einrichten solle, stößt der Leser schließlich auf einen kleinen, aber bedeutsamen Satz. „Nach der Einsetzung der Regierung wird ein Team gebildet, das die Grundprinzipien der Regierung formulieren soll.“ Mit anderen Worten, wir werden zuerst eine Regierung einsetzen, und erst dann werden wir entscheiden, aus was genau ihre Plattform bestehen wird.

Es gibt zwei bemerkenswerte Ausnahmen von dem Vorhaben der Regierung, einen Plan auszuarbeiten. Die erste bezieht sich auf das Gesetz zur Anwerbung ultra-orthodoxer Juden in die IDF [israelische Armee], während sich die zweite mit der „Anwendung der Souveränität“ oder, mit anderen Worten, der Annexion befasst. Während die Klausel über die ultra-orthodoxe Einberufung anscheinend auf einer Vereinbarung beider Seiten beruht und effektiv den Status quo in Bezug auf die

Einberufung übernimmt, stellt die Annexion eine dramatische Umkehrung des Status quo in Israel-Palästina dar.

Nach Ansicht des israelischen Journalisten Barak Ravid war Netanjahus Absicht, das Jordantal und andere Teile des besetzten Westjordanlandes zu annektieren, einer der wichtigsten Knackpunkte in den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung. Das Abkommen entzieht Gantz jedoch jegliches Vetorecht bei Entscheidungen über die Annexion des Jordantals und anderer Teile des besetzten Westjordanlandes.

Gemäß dem Abkommen kann die Regierung ab dem 1. Juli ein Gesetz in die Regierung oder die Knesset einbringen, nach welchem große Teile der Westbank annektiert werden sollen. Dieses Detail ist jedoch in einer Klausel enthalten, die in direktem Widerspruch zu sich selbst und zu einem gewissen Grad zum vorhergehenden steht sowie gleichzeitig jeden Anschein eines Machtgleichgewichts zwischen Netanjahu und Gantz torpediert.

Artikel 28 des Abkommens besagt, dass der „Premierminister und Premierminister im Wechsel“ den Friedensplan von Donald Trump „in vollem Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten“ fördern und gleichzeitig versuchen wird, „die regionale Stabilität zu sichern, Friedensabkommen aufrechtzuerhalten und künftige Friedensabkommen anzustreben“. Da Jordanien mit der Annullierung seines Friedensabkommens mit Israel für den Fall gedroht hat, dass dieses das Jordantal annektieren sollte, ist es schwer zu erkennen, wie die Annexion zu einem „Friedensabkommen“ beiträgt - was bedeutet, dass diese Klausel auf den ersten Blick die einzige Quelle des Vetorechts von Gantz sein dürfte.

In dem unmittelbar darauf folgenden Artikel heißt es jedoch ausdrücklich, dass Netanyahu die Annexion doch ohne Gantz' Zustimmung durchsetzen kann, trotz der Tatsache, dass die Regierung während der ersten sechs Monate ihres Bestehens als Notstandsregierung betrachtet und daher nicht in der Lage sein wird, „primäre und/oder sekundäre Gesetzgebung“ zu Fragen zu fördern, die nicht mit dem Kampf gegen COVID-19 zusammenhängen, und trotz der Tatsache, dass der Ministerausschuss für Gesetzgebung der Knesset keine Gesetzgebung vorschlagen darf, die nicht zuvor zwischen dem Ausschussvorsitzenden unter Leitung von Blue and White und seinem Stellvertreter aus dem Likud vereinbart wurde.

Tatsächlich erlaubt es Artikel 29 dem Premierminister, „die mit den Vereinigten Staaten erzielte Vereinbarung über die Anwendung der Souveränität ab dem 1. Juli im Kabinett und in der Regierung zur Genehmigung durch die Regierung oder die Knesset zur Debatte zu bringen“. Darüber hinaus heißt es, dass Netanjahu den Annexionsvorschlag über einen seiner eigenen Mitglieder der Knesset aus dem Likud vorlegen kann, wodurch Gantz aus dem Prozess ausgeschlossen wird.

Mit anderen Worten: Die Annexion setzt alle anderen Klauseln des Koalitionsvertrags außer Kraft, vor allem das Machtgleichgewicht zwischen Netanjahu und Gantz und den „Ausnahmestand“, die eigentliche Existenzberechtigung für die Bildung dieser Regierung. Es scheint, als sei die Annexion eine persönliche Laune des Premierministers, der man gehorchen muss, um ihn nicht zu verärgern, und nicht der wichtigste politische Schritt, den Israel seit Juni 1967 unternommen hat, als es das Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem besetzte.

Bis zum 1. Juli kann viel geschehen, so dass es schwierig ist, zu prophezeien, ob Netanjahu die Annexion durchzieht oder wie viel des Westjordanlandes von Israel annektiert werden wird. Vieles davon wird von Präsident Trumps politischer Situation abhängen und davon, wie viel Druck Jordanien und möglicherweise Ägypten auf ihn ausüben werden - sowie von der Einflussnahme des israelischen Sicherheitsestablishments, das befürchtet, dass die Annexion zum Ende seiner Sicherheitskoordination mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und möglicherweise zum Bruch des Friedensabkommens Israels mit Jordanien führen könnte. Abgesehen vom Widerstand des Weißen Hauses bedeutet die Art und Weise, wie der Koalitionsvertrag verfasst wurde, dass Netanjahu es sehr schwer haben wird, seinen Anhängern ein Vorgehen zu erklären, das nicht mit der Annexion des Westjordanlandes endet. In gewisser Weise zwingt ihn dieser Abschnitt fast zur Annexion.

Sollte dies geschehen, könnte eine absurde Situation entstehen, in der Gantz, der die ersten 18 Monate seiner Amtszeit als Verteidigungsminister verbringen wird, und der künftige Außenminister Gabi Ashkenazi eine Entscheidung mit den Auswirkungen einer politischen Atombombe verteidigen müssen, ohne dass es irgendeine Möglichkeit gäbe, diese zu stoppen oder auch nur ihren Zeitpunkt und Umfang zu beeinflussen.

Es ist nicht abwegig anzunehmen, dass die Annexion die Sicherheitslage und die Außenbeziehungen Israels tiefgreifend verändern und ihren Schatten über die Dauer der Amtszeit dieser Regierung werfen wird. Wenn Gantz im Oktober 2021 das Amt des Premierministers übernimmt, ist es sehr wahrscheinlich, dass die durch die Annexion ausgelöste Kettenreaktion das erste Problem sein wird, mit dem er sich befassen muss. Das könnte sehr wohl Netanjahus süße Rache an seinem politischen Rivalen sein.

Dieser Artikel wurde zuerst in Hebräisch auf Local Call veröffentlicht.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/netanyahu-coalition-annexation-gantz>